

Astrid Buchheim

Verkehrspolitische Sprecherin
Mitglied des Verkehrsausschusses



12. Plenarsitzung der Stadtverordnetenversammlung am 23. März 2017

Aktuelle Stunde zur Frage Nr. 481: Wie viele Schülerinnen und Schüler mit speziellem Förderbedarf mussten in den letzten fünf Jahren von Regelschulen auf Förderschulen versetzt werden?

Stadtverordnetenvorsteher

Stephan Siegler:

Die nächste Wortmeldung kommt von Frau Buchheim von der LINKE-Fraktion. Bitte!

Stadtverordnete Astrid Buchheim, LINKE.:

Sehr geehrte Damen und Herren!

Herr Leonhardt, Sie sprechen in Ihrer Fragestellung von inklusiven Schulen. Mich würde interessieren, welche Schulen Sie damit meinen. Die Ernst-Reuter-Schule, die den richtigen Weg in Richtung Inklusion gegangen ist, wurde durch das Abziehen der Förderlehrerinnen und Förderlehrer auf ihrem Weg weit zurückgeworfen. Statt sich ein Beispiel an der Ernst-Reuter-Schule zu nehmen, wurden Beratungszentren gebildet, in denen die Förderschullehrerinnen und Förderschullehrer für mehrere Regelschulen zuständig sind. Die Lehrerinnen und Lehrer vor Ort werden in viel zu großen Klassen mit immer mehr Aufgaben allein gelassen. Es dürfte inzwischen auch zur CDU durchgedrungen sein, dass das mehrgliedrige Schulsystem diskriminierend und das genaue Gegenteil von Chancengleichheit ist. Dass Sie immer noch an diesem veralteten Modell festhalten zeigt, dass Sie Inklusion überhaupt nicht verstanden haben. Inklusion meint eben nicht, Menschen - seien es Erwachsene oder Kinder - in bestehende Systeme hineinzupressen, sondern Rahmenbedingungen so zu verändern, dass kein Mensch mehr ausgeschlossen wird. Beim Thema Schule bedeutet das, eine Schule für alle zu schaffen. Wenn Schülerinnen und Schüler, wie Herr Leonhardt es ausdrückt, sich nicht in den Regelschulbetrieb integrieren lassen, liegt es nicht an den Kindern, sondern an dem Schulsystem, das viel zu starr ist und den Lehrerinnen und Lehrern immer mehr aufbürdet, ohne das Personal aufzustocken. Die Lehrerinnen und Lehrer appellieren immer wieder an die Politik, dass es so nicht funktionieren kann, zuletzt durch die vielen Überlastungsanzeigen hier in Hessen.

Es ist endlich an der Zeit, dass die Politik reagiert und die Rahmenbedingungen für eine inklusive Gesellschaft schafft. Warum nicht bei den Schulen anfangen, damit solche Anfragen nach angeblich nicht integrierbaren Kindern überflüssig werden?

Danke!

(Beifall)